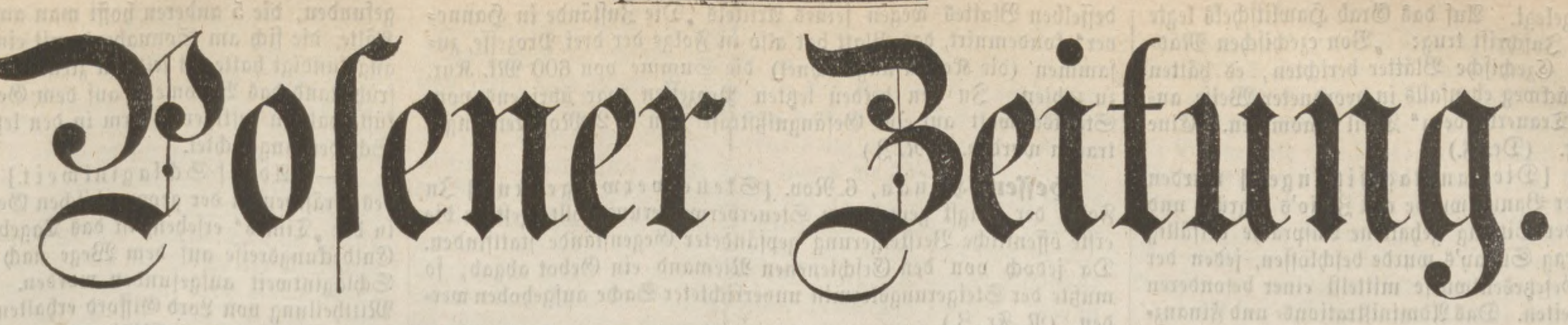
262. Freitag den 8. November 1861. 262.



Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen $1\frac{1}{2}$ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. $24\frac{1}{2}$ Sgr. **Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Amtliches.

Berlin, 8. Novbr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Justizrath und Advokat-Anwalt Johann Nepomuk Longard zu Koblenz und dem Bürgermeister a. D. Büschgens zu Rheidt im Kreise Gladbach den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Landrath des Kreises Neuß, Seul, dem Landrath des Kreises Grevenbroich, von Heinsberg, und dem Führer des Post-Dampfschiffs „Preußischer Adler", Post-Schiffskapitän Steffen, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie den Küstern und Schullehrern Burghard zu Helsta im Mansfelder Seekreise, Werner zu Roggow im Kreise Regenwalde und dem Schullehrer Jakob Kobliczek zu Hammer im Kreise Ratibor das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Apellationsgerichts-Rath Aschenborn zu Frankfurt a. O. bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Geheimer Justiz-Rath zu verleihen; endlich dem Chef des General-Stabes der Armee, General-Lieutenant Freiherrn von Moltke, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha Hoheit ihm verliehenen Militär-Großkreuzes des Herzoglich sachsen-ernestinischen Hausordens zu ertheilen.

Dem Komponisten August Schaeffer hierselbst ist das Prädikat „Musikdirektor" verliehen worden.

Nr. 267 des „St. Anz.'s" enthält den Allerhöchsten Erlaß, betr. die Aenderung des Reglements über die Wahl der von den Provinzial-Verbänden der Grafen, so wie der für den alten und für den befestigten Grundbesitz zu präsentirenden Mitglieder des Herrenhauses; vom 12. Oktober 1854.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 124. Königl. Klassen-Lotterie fielen 3 Gewinne zu 5000 Thlr. auf Nr. 27,391. 28,608. und 90,951. 3 Gewinne zu 2000 Thlr. auf Nr. 22,767. 65,111 und 89,694.

53 Gewinne zu 1000 Thlr. fielen auf Nr. 4308. 6132. 8531. 10,327. 11,170. 14,521. 15,040. 15,297. 17,283. 19,756. 21,676. 22,223. 26 956. 26,976. 29,890. 30,004. 30,128. 32,362. 32,763. 35,641. 35,745. 42,738. 44,958. 46,654. 47,579. 49,103. 49,660. 49,777. 51,317. 53,506. 53,733. 54,253. 54,291. 57,211. 58,779. 60,726. 61,661. 66,075. 69,226. 72,830. 73,721. 73,958. 76,924. 77,362. 83,864. 84,915. 85,301. 86,687. 89,066. 89,956. 91,140. 91,824 und 92,216.

50 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 2128. 3512. 3799. 5072. 5476. 6427. 9191. 9422. 10,025. 18,664. 19,355. 22,071. 22,245. 30,189. 30,740. 31,325. 25,114. 36,835. 37,418. 40,249. 41,948. 42,332. 50,748. 52,208. 54,547. 56,814. 56,918. 57,126. 58,337. 60,447. 65,087. 65,770. 68,114. 70,470. 71,144. 71,201. 71,206. 71 323. 72,821. 75,059. 77,534. 81,213. 83,957. 84,379. 86,068. 90,326. 90,971. 91,959. 92,751 und 92,909.

75 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 1022. 1102. 2090. 4600. 8799. 10,635. 11,197. 11,831. 11,945. 12,401. 12,572. 12,641. 12,821. 18,230. 18,232. 19,703. 21,831. 22,246. 23,140. 23,899. 25,961. 26,232. 27,868. 28,713. 29,184. 29,383. 30,086. 31,665. 31,690. 31,809. 32,663. 35,014. 35,640. 36 802. 38,459. 39,803. 42,702. 45,241. 46,730. 48,883. 50,719. 50,913. 53,616. 53,828. 55,184. 55,458. 56,063. 57,747. 58,597. 58,805. 59 502. 62,269. 62,634. 64,086. 65,748. 66,693. 68,500. 70,361. 71,394. 72,479. 73,027. 73,856. 77,119. 84,520. 84,959. 86,062. 87,295. 87,650. 87.914. 88,231. 91,458. 91,626. 93,130. 93,577 und 94,240.

Berlin, den 7. November 1861.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Deutschland.

Preußen. ☾ Berlin, 7. Nov. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König arbeitete heute Vormittag mit dem Kriegs- und Marineminister v. Roon und den Generaladjutanten v. Alvensleben und v. Manteuffel, und nahm alsdann einige militärische Meldungen entgegen. Nachmittags konferirte der König im Beisein des Kronprinzen und des Fürsten von Hohenzollern mit den Ministern v. Auerswald und Graf Schwerin. Der Fürst von Hohenzollern war kurz zuvor von Potsdam hierher zurückgekehrt, wo er sich von der Königin Wittwe auf längere Zeit verabschiedet hatte. Der Fürst beabsichtigt am Sonntag früh seine Reise nach dem südlichen Frankreich anzutreten, zuvor aber einige Tage in Düsseldorf sich aufzuhalten. Die Königin brachte heute Mittag längere Zeit bei der Frau Kronprinzessin zu, deren Unwohlsein schon in wenigen Tagen vollständig beseitigt sein dürfte. Der König will sich spätestens am Sonntag Mittag nach Potsdam begeben und der Königin Elisabeth seinen Abschiedsbesuch machen. — Der Prinz und die Frau Prinzessin Karl verweilten heute Mittag mehrere Stunden auf der bei Zehlendorf gelegenen Besitzung ihres Sohnes und kehrten bei eingetretener Dunkelheit auf der Chaussee wieder hierher zurück. Nach dem Schluß der Theatervorstellung fuhren der Prinz und die Frau Prinzessin Karl nach Schloß Glienicke. — Der Erbprinz und die Frau Erbprinzessin von Hohenzollern haben heute früh ihre Besuchsreise nach Dresden, Gotha ꝛc. angetreten. — Der französische Bevollmächtigte für den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich, de Clercq, trifft bereits Anstalten zu seiner Abreise und macht Abschiedsbesuche. Die Verhandlungen sollen vollständig resultatlos geblieben sein. — Die Obersten v. Kleist und Schneppe kommen nach Posen, um dort zu inspiziren. Beide wollten schon mit dem Nachtzuge nach Posen abgehen. — Die Innungsvorstände wollen mit ihren Fahnen, Emblemen ꝛc., die sie am Einholungstage im Zuge mit sich führten, im Krollschen Etablissement eine Ausstellung veranstalten.

— [Cirkularerlaß in Betreff der Wahlen.] Der Minister des Innern hat unter dem 5. November folgenden auf die Wahlen bezüglichen Cirkular-Erlaß an die sämmtlichen königlichen Ober- und Regierungs-Präsidenten ergehen lassen: „In dem Cirkular-Erlaß vom 10. Okt. d. J. habe ich mir vorbehalten, über die Unterstützung, welche die Staatsregierung im Sinne dieses Erlasses bei den bevorstehenden Wahlen von ihren Organen erwartet, nach Erforderniß weitere Anweisungen zu ertheilen, und demgemäß eröffne ich Ew. ꝛc. Folgendes: Sämmtliche Wahrnehmungen stimmen darin überein, daß von allen Seiten die jetzigen Wahlen in ihrer hohen Bedeutung für die Gestaltung der Verhältnisse des Landes gewürdigt werden. Um so mehr darf ich auch annehmen, daß die Staatsregierung, indem sie den vollen und unbehinderten Ausdruck der Ueberzeugung des Landes als die Aufgabe der Wahlen bezeichnet hat, auf die gewissenhafte Mitwirkung der Behörden bei der Lösung dieser Aufgabe zählen kann. Dem Lande sind die Normen bekannt, welche des Königs Majestät am 8. Nov. 1858 als diejenigen Allerhöchst Ihrer Regierung kungegeben haben. Allerhöchstdieselben haben noch in jüngster Zeit dem Staatsministerium ausdrücklich auszusprechen geruht, daß auf diesen Normen fest beharret werden soll, verlangen aber auch, daß dieselben vor Mißdeutungen gewahrt werden. An diesen wahrhaft konservativen Grundsätzen, welche alle extremen, sowohl reaktionäre als demokratische Richtungen ausschließen, festhaltend, hat die Staats-Regierung seither deren Verwirklichung unausgesetzt angestrebt. Dasselbe Ziel wird sie auch ferner unbeirrt und unabänderlich verfolgen. In dem Bewußtsein, daß das Wohl der Krone und des Landes unzertrennlich sind, wird sie, auf dem Wege lebensfähiger Entwickelung fortschreitend, die Macht und das Recht der Krone eben so heilig halten, wie die beschworenen Rechte des Volkes zu bewahren und zu befestigen suchen; bei der Fortbildung der Gesetzgebung aber den Verheissungen der Verfassung und den auf den verschiedenen Gebieten des Staatslebens hervortretenden Bedürfnissen gerecht werden. Ohne mit der großen Vergangenheit, insbesondere der Epoche der Wiedergeburt Preußens in den ersten Dezennien dieses Jahrhunderts zu brechen, vielmehr bei der Reform der Gesetzgebung die geschichtliche Entwicklung Preußens vor Augen habend und anknüpfend an die, jene Wiedergeburt anbahnende Gesetzgebung, wird sie auch Bestehendes zu erhalten wissen, soweit es dem Gemeinwohle ferner zu dienen noch fähig ist. Den Forderungen nach unberechtigten neuen Gestalten wird sie mit Bestimmtheit entgegentreten. In den Grenzen, welche hieraus sich ergeben, wird es unter Anderem auch Aufgabe der Staatsregierung sein, die Umbildung derjenigen Institutionen herbeizuführen, welche, wie die Kreisverfassung und die gutsobrigkeitliche Gewalt in den östlichen Provinzen, den Anforderungen der Gegenwart nicht mehr entsprechen und mit der Verfassung des Landes dauernd nicht verträglich erscheinen. Nicht weniger erkennt die Staats-Regierung es als ihre Pflicht, die für die Erhaltung und Stärkung der Wehrkraft des Landes ins Leben gerufene Umformung der Heeresverfassung zum gesetzlichen Abschluß zu bringen und dieselbe mit steter Rücksicht auf die finanziellen Kräfte des Landes der Vollendung entgegenzuführen. Es wird dadurch die Machtstellung und Integrität Preußens so wie die Erfüllung seiner Aufgabe für das deutsche Gesammt-Vaterland neue Garantieen erhalten. In diesem Sinne sind jene Normen aufzufassen, und auf diesem Wege, unter einem in seinem Rechte und in seiner Macht starken Königthume, wie Preußen dies verlangt, in der Achtung vor den verfassungsmäßigen Rechten des Volkes, geschützt und gerüstet gegen alle Eventualitäten, wird die gedeihliche Entwickelung des Vaterlandes gesichert sein. In der Einsicht, daß jedes Extrem den Anforderungen der Wirklichkeit zuwiderläuft, und in dem Wunsche, durch ruhiges und besonnenes Voranschreiten den Bestand der neuen Staatsform zu sichern, wird das Land der Staatsregierung zur Seite stehen, wenn die Behörden es sich angelegen sein lassen, diese Ueberzeugung durch Belehrung hervorzurufen und durch Aufklärung Mißverständnisse zu beseitigen; in dieser Weise aber auf die Wahl solcher Männer zu Abgeordneten hinzuwirken, welche, die extremen Richtungen auf beiden Seiten verwerfend, bereit sind, die Regierung Sr. Majestät des Königs in der Ausführung dieser Grundsätze zu unterstützen. Diese Art der einwirkenden Thätigkeit muß daher von den Behörden in Anspruch genommen werden. Mit der Pflicht der Staatsregierung, dem Lande den verfassungsmäßigen Anspruch auf das unbehinderte Wahlrecht zu gewähren, ist die Pflicht verbunden, ihr Verhalten und ihre Grundsätze in richtiger Auffassung zur vollen Erkenntniß der Wähler gelangen zu lassen. Vor Allem haben die Herren Regierungspräsidenten und Landräthe in dieser Weise zu wirken; die Letzteren, indem sie mit Umsicht und Eifer unmittelbar dafür eintreten, die Chefs der Provinzial-Verwaltungen, indem sie die Thätigkeit der ihnen untergebenen Behörden bei dem Wahlgeschäfte leiten und dieselben hierbei streng und gewissenhaft überwachen. Die Grenze, welche die Einwirkung der Regierungsorgane inne zu halten hat, bestimmt mein Zirkularerlaß vom 10. Oktober d. J. Nur innerhalb dieser Grenzen darf dieselbe sich auch in Ausführung meines gegenwärtigen Erlasses bewegen und hat daher die Anwendung jeder Art ungesetzlicher Mittel zu vermeiden, welche die freie Selbstbestimmung der Wähler beeinträchtigen. Für ihre Person ist den betreffenden Beamten bei der Ausübung des eigenen Wahlrechtes unverschränkt, wie Jedermann, ihrer Ueberzeugung zu folgen. Stimmt dieselbe nicht mit den Grundsätzen der Staatsregierung überein, so muß von ihnen gefordert werden, daß sie diejenige Zurückhaltung sich auferlegen, welche es ihnen gestattet, bei den Wahlen ihrer Amtspflicht nachzukommen. Ihr Pflichtgefühl und ihre Ehrenhaftigkeit wird ihnen zunächst den Weg zeigen, auf welchem sie die Ausführung ihres staatsbürgerlichen Rechtes mit ihrer Amtspflicht in Einklang zu bringen im Stande sind. Niemals aber darf ihre Einwirkung eine den Grundsätzen der Staatsregierung zuwiderlaufende Richtung einschlagen. Ich rechne in dieser Hinsicht auf Ew. ꝛc. Mitwirkung. Ew. ꝛc. haben meinen gegenwärtigen Erlaß zur allgemeinen Verbreitung, namentlich auch zum Abdruck in den zu den amtlichen Publikationen bestimmten Kreis- und sonstigen kleinen Blättern zu bringen. Dasselbe ist auch, so weit es noch nicht geschehen, in Ansehung des Zirkulars vom 10. Okt. d. J. zu veranlassen. In Betreff dieser Blätter ist überhaupt darauf zu halten, daß dieselben nicht solchen Parteibestrebungen ausschließlich dienstbar gemacht werden, die offenkundig den Tendenzen und der ausgesprochenen Absicht der Staatsregierung entgegenwirken. Die Spalten dieser Blätter müssen vielmehr allen Publikationen der Staatsregierung ebenfalls offen gehalten werden. Soweit die eingegangenen Berichte der Herren Regierungspräsidenten noch zu besonderen Bemerkungen Veranlassung geben, werden dieselben nachfolgen."

— [Die Verhandlungen mit Frankreich wegen des Handelsvertrages] sind vorläufig abgebrochen. Der französische Bevollmächtigte wird dieser Tage Berlin verlassen, um nach Paris zurückzukehren. Wenn schon diese Thatsache an sich bedauerlich, so ist zu hoffen, daß die französische Regierung den Standpunkt verlassen wird, den sie in dieser Angelegenheit bisher einzunehmen für gut befunden hat. Den Vorschlägen der diesseitigen Regierung, die auf gesundem volkswirthschaftlichen Boden sich bewegten und den Interessen der Komsumtion wie der Produktion, auch den Finanzen des Landes volle Rechnung zu tragen suchten, glaubte die französische Regierung mit einem fertigen Zolltarif für die Zollvereins-Staaten entgegentreten und nur darauf hin in eine Verhandlung mit der preußischen Regierung eintreten zu sollen. Es liegt auf der Hand, daß unter so bewandten Umständen es nicht an der preußischen Regierung liegt, wenn die Verhandlungen solch einen beklagenswerthen Ausgang nehmen mußten.

— [Fortschritte des Deutschthums in Ostpreußen.] Von dem rechten Drewenzufer wird gemeldet: In welch schnellem Maaße das Deutschthum in den polnischen Bezirken vorschreitet, dafür liefert auch die Neumarker Gegend ein schlagendes Beispiel. Vor einigen Jahren hätte man es nicht für möglich halten können, daß die damals ganz und gar mit Polen bevölkerten Dörfer, die aber wohlgemerkt mit dem besseren Boden gesegnet sind, jetzt beinahe ausschließlich deutsche Bewohner zählen, die sich durch Zuzug so zu sagen noch wöchentlich mehren. Als Beispiel wird hier angegeben, daß in den letzten fünf Wochen in dem Dorfe Kl. Ballowken sieben Grundstücke von Deutschen angekauft worden sind. Die Bewirthschaftung der Grundstücke liegt bei den alten Wirthen freilich sehr im Argen. Es giebt nicht wenige darunter, die mit der Winterungsbestellung vor Mitte Oktober selten den Anfang machen, und man sieht in diesen Tagen noch recht tüchtig säen und zur Wintersaat pflügen.

Breslau, 7. November. [Die Vorbereitungen zum Empfange des Königs und der Königin] werden unausgesetzt fortgesetzt und mit Eifer betrieben. Von der Gartenstraße bis zur Minoritenkirche auf der Schweidnitzerstraße werden die Majestäten durch einen Wald von Flaggenbäumen fahren, auf denen zum Theil heute schon Fahnen in den verschiedenen Farben aufgehißt waren. Da die Ankunft am 11. d. schon um 2 Uhr erfolgt, so wird der Festzug der Gewerke noch bei voller Tageshelle stattfinden können. Ein berittenes Korps der Kaufleute wird nicht am Zuge Theil nehmen, dagegen wird letzterer sonst sehr viel Sehenswerthes darbieten. Die schon in der vergangenen Woche hier angekommenen Hofbeamten, welche sämmtlich wegen der späteren Ankunft der Allerhöchsten Herrschaften wieder nach Berlin zurückgereist waren, treffen Freitag schon wieder ein. Der Obercerimonienmeister, Graf Stillfried, wird Sonnabend hier ankommen.

Oestreich. Wien, 5. Nov. [Rumänische Deputation.] Es ist schon erwähnt worden, daß die in Wien anwesende Deputation der Rumänen aus Siebenbürgen, geführt von dem griechisch-katholischen Erzbischof Conte Sterka Sulutz, wiederholt von Sr. Majestät empfangen wurde. In der Audienz am 31. v. M. überreichte dieselbe einen Protest der rumänischen Nation gegen die bekannte Repräsentation des königlichen Guberniums in Klausenburg hinsichtlich der Einberufung des siebenbürgischen Landtages. Dieses Aktenstück konstatirt besonders zwei Thatsachen, die auf die endgiltige Lösung der siebenbürgischen Frage von entscheidendem Einfluß sein dürften. Erstens, daß die rumänische Nation, geführt von ihren Kirchenobern des griechisch-katholischen und griechisch-orientalischen Ritus, einig ist, und zweitens, daß die rumänische Nation, getreu ihrem ursprünglichen Programm, für die Selbständigkeit Siebenbürgens im Gesammtverbande von Oestreich einsteht.

— [Exzesse in Galizien] Aus Krakau, 3. November, wird geschrieben: Am Allerseelentage kam es hier auf dem Friedhofe zu bedauerlichen Auftritten. Einer alten Sitte zufolge wurde unter großem Andrange der Bevölkerung der Gottesdienst für die Abgeschiedenen auf dem Friedhofe selbst abgehalten. Während desselben ertönte plötzlich Lärm vom Eingange her. Eine Anzahl von Buben schlug mit Stöcken auf einige Personen los, die kaum durch die Polizei und die herbeieilenden Leute vor argen Mißhandlungen geschützt werden konnten. Es scheint, daß man in diesen Personen geheime Polizeiagenten erkennen wollte. Bemerkenswerth ist, daß die öffentlich auftretende Polizei nicht molestirt wurde. Zum Schlusse des Gottesdienstes stürzte eine Tribune zusammen, auf welcher sich Andächtige befanden; es erlitt jedoch Niemand einen ernstlichen Schaden. Das aus Anlaß des Exzesses herbeigeeilte Militär fand nichts mehr zu thun und zog wieder ab. — Auch aus Bochnia wird ein Exzeß gemeldet. Am 27. v. M. fand dort vor einem wunderthätigen Marienbilde eine Andacht statt. Während derselben fing man an, das „Boże coś Polskę" zu singen. Der Geistliche verbot das weitere Singen des Liedes. Plötzlich erschien ein Gendarm und ein Amtsdiener in der Kirche und wollten einen jungen Menschen verhaften. Dieser wehrt sich, und es entspinnt sich ein Kampf. Das aufgeregte Volk nahm eine drohende Haltung an, und es wäre vielleicht zu bedauerlichen Scenen gekommen, wenn nicht ein anderer Geistlicher herbeigeeilt wäre, welcher den Verhafteten auf die Seite brachte und so die Ruhe herstellte. Die Kirchenbehörde hat an das Tarnower Konsistorium über den Vorfall berichtet, und man spricht davon, daß, wenn nicht Satisfaktion für die Profanation der Kirche wird, diese geschlossen werden soll.

Prag, 4. Novbr. [Czechische Demonstration.] Am Allerseelentag begab sich aus Prag eine Anzahl czechischer Studenten und junger Leute vom Neuthor aus in einem Zuge nach dem Wolschauer Friedhofe, wo an dem Grabe Hawlitscheks, Jungmanns, Schumawsky's und Tschelakowsky's Gebete verrichtet wurden. Auf die Gräber wurden mit slawischen Inschriften und trikoloren Bän-

der gezierte Kränze niedergelegt. Auf das Grab Hawlitscheks legte man einen Kranz, der die Inschrift trug: „Von czechischen Mädchen unserm Märtyrer“. Czechische Blätter berichten, es hätten an dem Zuge, der den Rückweg ebenfalls in geordneter Weise antrat, mehrere „Damen in Trauerkleidern“ Theil genommen. Eine Störung fiel nirgends vor. (Dr. J.)

Agram, 4. Novbr. [Die Landtagssitzungen] wurden heute wieder eröffnet. Der Banus wurde mit Zivio's begrüßt und dessen bei der Eröffnung der Sitzung gehaltene Ansprache beifällig aufgenommen. Auf Antrag Suhay's wurde beschlossen, jeden der zu Stande gekommenen Gesetzesentwürfe mittelst einer besonderen Repräsentation zu unterbreiten. Das Administrations- und Finanzkomité überreicht mehrere Vorlagen. Morgen Berathung des Gesetzentwurfes über Hauskommunionen, hierauf Verhandlung der von Zivkovic neuerdings angeregten Frage wegen der serbischen Wojwodschaft. Der Landtagsbeschluß wegen der Organisirung der Munizipien und der Gesetzartikel, das Verbrechen des Landesverrathes betreffend, werden einer neuerlichen Revision unterzogen.

Ragusa, 5. Nov. [Tel.] Zubzi ist von 500 Montenegrinern, die fünf Geschütze mit sich führten, besetzt worden. Omer Pascha befindet sich zu Mostar.

Baden. Freiburg, 3. Novbr. [Bestrafung.] Nach dem „Kath. Kirchenbl.“ sind die beiden katholischen Geistlichen, welche in einer Kirche des Unterrheinkreises bei der Trauung einer französischen Katholikin und eines schismatischen Russen sich betheiligt haben, von dem erzbischöflichen Ordinariate in Strafen verfällt und angehalten worden, die für ihre Bereitwilligkeit empfangenen Geschenke zu wohlthätigen Zwecken zu verwenden.

Frankfurt a. M., 5. Nov. [Vom Bundestage.] Dem sehr naheliegenden Uebelstande, daß die bekannten Vorschläge der Nürnberger Handelsgesetzgebungs-Kommission wegen einiger Bestimmungen der deutschen Wechselordnung bei ihrer getrennten Annahme die Einheit auf diesem Gebiete eher zu stören als zu fördern geeignet sein würden, sucht die von Preußen in der letzten Bundestagssitzung abgegebenen Erklärung sehr zweckentsprechend zu begegnen. Dieselbe lautet: „Mit Rücksicht auf den von der hohen Bundesversammlung am 13. April d. J. hinsichtlich der allmeinen deutschen Wechselordnung gefaßten Beschluß hat der substituirte Gesandte folgende Erklärung abzugeben. Die königliche Regierung hat mit lebhaftem Interesse wie die anderen, so auch diejenigen Berathungen der Nürnberger Konferenz verfolgt, in welchen die letztere, der ihr gestellten Aufgabe entsprechend, versucht hat, die auf dem Gebiete des Wechselrechts seit dem Jahre 1849 gewonneue Einheit zu ergänzen, zu vervollständigen und für die Zukunft sicher zu stellen. Was die Vorschläge betrifft, mit welchen die Konferenz ihre bezüglichen Arbeiten abgeschlossen hat, so glaubt die königliche Regierung, dieselben als ein Ganzes auffassen, ihre Erklärung also nur auf die Gesammtheit derselben richten zu müssen. Zwar erscheint dies nicht gerade durch eine innere Zusammengehörigkeit der einzelnen Vorschläge geboten; es wird sich aber, wie die königliche Regierung wenigstens voraussetzt, eine Verständigung kaum erreichen lassen, wenn die einzelnen Vorschläge als von einander unabhängig behandelt werden sollten. Ferner glaubt die königliche Regierung ein Einverständniß darüber nicht bezweifeln zu dürfen, daß den von der Konferenz gestellten Anträgen entweder in allen bei der deutschen Wechselordnung betheiligten deutschen Staaten, oder in keinem derselben Folge zu geben sei. Ein entgegengesetztes Verfahren würde, statt den beabsichtigten Fortschritt der Einheit auf diesem wichtigen Gebiete herbeizuführen, den Anfang der Zerstörung eines mit vieler Mühe errungenen und von den Betheiligten werthgehaltenen Werkes in sich schließen. Indem die königliche Regierung diese Bemerkung vorausschickt, giebt sie, in der Voraussetzung, daß sie eines gleichmäßigen Verfahrens von Seiten der übrigen betheiligten Staaten versichert ist, ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, die nöthigen Schritte zu thun, um die preußische Landesgesetzgebung mit den in Rede stehenden Vorschlägen der Nürnberger Konferenz in Betreff der Allgemeinen deutschen Wechselordnung in Uebereinstimmung zu bringen. So weit diese Vorschläge den Artikel 7 der Allgemeinen deutschen Wechselordnung betreffen, glaubt die königliche Regierung indessen nicht, sich in der Lage zu befinden, sich den prinzipalen Vorschlag der Kommission (Nr. 4 der betreffenden Zusammenstellung) aneignen zu können. Ganz abgesehen von den juristischen Bedenken, welche bei ihr gegen die Angemessenheit dieses Vorschlages bestehen, muß sie besorgen, daß derselbe bei den anderen Faktoren der preußischen Gesetzgebung, weil er tief in geordnete Verhältnisse eingreifen würde, auf Widerspruch stoßen dürfte. Sie kann daher ihrerseits nur wünschen, das Einverständniß sämmtlicher betheiligten Regierungen dahin herbeigeführt zu sehen, daß die Ergänzung des Artikel 7 der deutschen Wechsel-Ordnung nach dem eventuellen Vorschlage der Kommission erfolge, wie dies auch schon von anderen Regierungen beantragt worden ist. Sollte das Einverständniß nicht zu erreichen, vielmehr die Gesammtheit der anderen hohen Regierungen für die Annahme der sämmtlichen Vorschläge der Nürnberger Konferenz unter Einschluß des prinzipalen Antrags zu Art. 7 sich auszusprechen geneigt sein, so glaubt die königliche Regierung zwar nicht jede Aussicht ausschließen zu sollen, daß auch hinsichtlich dieses Punktes eine gemeinsame Verständigung zu erreichen wäre, sie würde aber für diesen Fall eine weitere Erklärung sich vorzubehalten genöthigt sein.“ — Zum allgemeineren Verständniß bemerken wir noch, daß der oben erwähnte prinzipale Vorschlag darin besteht: in Art. 7 nach den Worten: „eines Wechsels (Art. 4) fehlt“ einzuschalten: „oder in welcher ein Zinsversprechen enthalten ist“, der eventuelle Vorschlag aber dahin: statt dieser Einschaltung dem Art. 7 folgenden Zusatz beizufügen: „Das in einem Wechsel enthaltene Zinsversprechen gilt als nicht geschrieben.“ (A.P.Z.)

Hamburg, 6. Nov. [Preßprozesse.] Heute wurde das Urtheil des Niedergerichts in dem zweiten und dritten von den drei gegen das „Norddeutsche Volksblatt“ eingeleiteten Preßprozessen publizirt. Es lautete dahin, daß der Redakteur wegen seines (Beleidigungen der hiesigen Polizei enthaltenden) Artikels „Zur Geschichte der Demokratie in Hamburg“ zu einer Geldstrafe von 250 Mk. Kur. und wegen des (eine Beleidigung gegen den Präses des Handelsgerichts Dr. Versmann enthaltenden) Artikels „Ein preußisches Kriegsschiff und ein hamburgischer Handelsrichter“ in eine Geldstrafe von 150 Mk. Kur. zu verurtheilen sei. Schon vor acht Tagen (30. Okt.) hatte bekanntlich das Niedergericht den Redakteur desselben Blattes wegen seines Artikels „Die Zustände in Hannover“ kondemnirt, das Blatt hat also in Folge der drei Prozesse, zusammen (die Kosten ungerechnet) die Summe von 600 Mk. Kur. zu zahlen. In den beiden letzten Prozessen war übrigens vom Staatsanwalt auf eine Gefängnißstrafe von je 2 Monaten angetragen worden. (N. Z.)

Hessen. Hanau, 6. Nov. [Steuerverweigerung.] In Folge der jüngst gemeldeten Steuerverweigerung sollte gestern die erste öffentliche Versteigerung gepfändeter Gegenstände stattfinden. Da jedoch von den Erschienenen Niemand ein Gebot abgab, so mußte der Steigerungstermin unverrichteter Sache aufgehoben werden. (N. Fr. Z.)

Sächs. Herzogth. Koburg, 6. Novbr. [Der Brief des Herzogs.] Die neueste Nummer unserer offiziösen Zeitung bestätigt die Authentizität des von der Wiener „Presse“ gebrachten Briefes des Herzogs über die deutsche Frage, jedoch mit dem berichtigenden Bemerken, daß derselbe nicht im Frühling, sondern im Januar d. J. und nicht an einen kleindeutschen Diplomaten, sondern an einen bekannten östreichischen aus einem kleinen deutschen Staate stammenden Staatsmann geschrieben worden, welcher mit dem Harzoge in Korrespondenz getreten war.

Großbritannien und Irland.

London, 4. Nov. [Zur europäischen Frage.] Der „Morning Herald“, das Organ der Konservativen, sucht darzuthun, daß die Gerüchte von einem nahenden Ausbruch politischer Stürme auf dem Kontinent geringen Glauben verdienen. „Die eifrigen Propheten“, sagt er, „die so geläufig von bevorstehenden Kämpfen schwatzen, würden, wenn sie sich die Mühe nähmen, unter die Oberfläche zu blicken, wenigstens ebensoviel Gründe wider als für die Wahrscheinlichkeit eines Kriegsausbruchs entdecken. An Zündstoff ist zwar nirgends Mangel, aber wie dies auch auf nichtpolitischem Gebiet häufig vorkommt, liegt in der allgemeinen Gefahr die allgemeine Sicherheit. Die gefährlichste Zeit für die Gesellschaft ist die, wenn sie schlummert und nicht auf die verborgenen Feuer achtet, die unter ihr arbeiten. Wenn sie die Gefahr erkennt, ist sie gerettet. Es trifft sich glücklicherweise, daß alle jene Mächte, von denen der erste Schritt zu einem Bruch besorgt werden könnte, mit sich selbst vollauf beschäftigt sind. Frankreich befindet sich mit seinem Handel und seiner Industrie in einem Uebergangszustande, ist von seinem Heer- und Flottenbudget niedergedrückt und leidet außerdem in Folge der Mißernte, Rußland ist schier zum kranken Mann geworden; die Bauernemanzipation, Polen und der aufwachende Liberalismus der Russen selbst werden das Kabinet von Petersburg lange genug in Athem halten. Die Lage Oestreichs ist noch weniger geeignet, seinem Kaiser Angriffsgedanken einzugeben. Nur die strengste Nothwendigkeit wird Franz Joseph bewegen können, aus der würdevollen Haltung herauszutreten, die er seit Unterzeichnung des Vertrages von Zürich beobachtet. Oestreich hat wenig Beweggründe, seine uneinnehmbare Stellung im Festungsviereck zu verlassen. Der Angriff, wenn er von irgend einer Seite kommt, müßte von Piemont kommen. Aber selbst Victor Emanuel müßte viel verwegener sein, als er uns scheint, um an solche Tollkühnheit zu denken. Denn noch ruht das Königreich Italien auf gebrechlicher Grundlage, und so lange es nöthig ist, Neapel mit 80,000 Mann Piemontesen besetzt zu halten, wird Victor Emanuel schwerlich im Kriege seine Rechnung finden. Aus diesen Gründen halten wir wenig von den Berichten über außerordentliche Sendungen vom Turiner Hofe an den der Tuilerien, oder von einer verabredeten Bewegung der italienischen Armee und der ungarischen Mißvergnügten im kommenden Frühjahr. Victor Emanuel muß aus eigener wie seines Vaters Erfahrung wissen, wie weit man sich auf Volksaufwallungen verlassen, und welches Vertrauen er einer Armee von Italienern, deren Hauptmasse aus der kleinen piemontesischen Armee bestehen würde, bei einem Kampf mit den disziplinirten Heerschaaren Oestreich schenken kann. Die Festungswerke, die der siegreichen Armee Louis Napoleons Halt geboten, werden gewiß nicht vor dem Fanfarenton Victor Emanuels wie Jerichomauern zusammenbrechen. Noch andere Erwägungen gehören hierher. Piemont ist jetzt als die italienische Macht anerkannt. Aber von allen Staaten, die seinen Eintritt in den Kreis der europäischen Mächte begrüßten, hat kaum eine, außer England und Schweden, die Anerkennung gern und unbedenklich ausgesprochen. Es hat also, mit aller Achtung gesagt, seine Probezeit zu bestehen. Wenn es sich bereit zeigt, seinen Platz unter seinen Nachbarn im Frieden einzunehmen, dann hat es einen sicheren Pfad und eine glorreiche Zukunft vor sich. Tritt es dagegen als Störenfried auf, so wird Italiens Unabhängigkeit und Einheit das Schattenbild werden, für welches seine Feinde es stets erklärt haben. Wenn es sich mit der Revolution verbündet, kann es sich nur den Zorn Europa's zuziehen. Aber es heißt, Oestreich wolle schon den Sturm abwenden und Venetien gegen einen Theil der Türkei vertauschen. Die Erfinder eines solchen Gerüchts machen die Rechnung ohne den Wirth. Erstens könnte kein Ersatz an der Donau für Oestreich die Vortheile haben, die ihm der Besitz Venetiens bietet. Zweitens ist nichts unwahrscheinlicher, als daß der jetzt regierende Sultan sich freiwillig eines Stück Landes berauben wird, um Oestreich gefällig zu sein. Ueberdies wäre die Aufgebung Venetiens in diesem Augenblick so viel wie ein Geständniß der Niederlage. Sie würde den Stolz und Muth der östreichischen Armee den Todesstoß versetzen, den Separatisten in Ungarn zur offenen Aufmunterung dienen und könnte schließlich nur zur Zerstückelung des Kaiserstaats führen. Oestreich weiß sehr gut, daß es mit Venedig thatsächlich auch jeden Gedanken an maritime und kommerzielle Entwickelung am Mittelmeer aufgeben würde, und daß, wenn Venedig einmal in den Händen eines starken italienischen Staates wäre, Triest, Illyrien und Dalmatien gar bald denselben Weg gehen würden. Wenn Venedig je zum Gegenstande eines Tauschgeschäfts gemacht werden soll, so hat doch die Stunde dafür gewiß noch nicht geschlagen.“

— [Tagesnotizen.] Die Nachricht, daß die Kaiserin der Franzosen von der Gemahlin des Lordmayor eine Einladung zur Ausstellung des nächsten Jahres erhalten und als Erwiderung darauf ihren Besuch in Aussicht gestellt habe, wird hier für eine pariser Erfindung erklärt, an der kein wahres Wort sei. — Nachdem der Antrag eines Franzosen, den ganzen Ausstellungs-Katalog in Reim und Verse zu bringen, von den königlichen Kommissarien abgelehnt worden war, trat ein anderer Franzose auf und erbot sich, ein großes Epos auf die Ausstellung anzufertigen, vorausgesetzt, daß dessen Engros- und Detailverkauf im Gebäude gestattet werde. Nun, da auch dieser Vorschlag von der Kommission abgelehnt ist, hat der erbitterte Dichter an sie einen langen vorwurfsvollen Brief geschrieben. — Der Großfürst Konstantin, der zu Ende der vorigen Woche von der Insel Whigt hierher kam, hat eine Einladung nach Windsor erhalten, der er wahrscheinlich heute oder morgen nachkommen wird. — Der vor dem geistlichen Obergericht (Court of Arches) geführte Prozeß gegen den anglikanischen Pfarrer Heath, der in einer Sammlung seiner Predigten angeblich ketzerische Lehren veröffentlicht hat, endete gestern mit der Schuldigsprechung des Angeklagten. Das Urtheil ist noch nicht gefällt, weil dem Angeklagten die Zurücknahme seiner Ketzereien freisteht. — Die Bankerottliste der verflossenen Woche umfaßte nicht weniger als 143 Namen. Es erklärt sich diese beispiellos große Anzahl von Bankerotten zum Theil aus der allgemeinen Geschäftsstockung, zum Theil aus der neuen Anordnung des Bankerottgesetzes, demzufolge fortan auch Nicht-Kaufleute ihre Angelegenheiten vor den Bankerott-Gerichtshof bringen können, während sie bisher von dem Insolvenz-Gerichtshof abgewickelt wurden. So finden sich denn auch in der Liste der vergangenen Woche 3 „Gentlemen“, 3 Kommissionsagenten, 1 „Erfinder“, 2 Schulmeister, 3 Chirurgen, 2 Tischlergesellen, 1 Zimmermannsgeselle, 2 Handlungsreisende u. s. w. — In einer nahe bei Wigan gelegenen Kohlengrube sind durch eine Gasexplosion 15 Menschen verunglückt; 10 davon wurden wie vom Blitz erschlagen gefunden, die 5 anderen hofft man am Leben zu erhalten. — Die Kälte, die sich am Sonnabend mit einem tüchtigen Schneegestöber angekündigt hatte, ist seitdem ziemlich empfindlich geworden. Heute früh stand das Barometer auf dem Gefrierpunkt, und an der Nordküste hat ein heftiger Sturm in den letzten 24 Stunden gewaltigen Schaden angerichtet.

— [Adolf Schlagintweit.] Wie wir aus einem Briefe des Präsidenten der geographischen Gesellschaft, Sir R. Murchison, in der „Times“ ersehen, ist das Tagebuch des auf seiner asiatischen Entdeckungsreise auf dem Wege nach Kokand enthaupteten Adolf Schlagintweit aufgefunden worden. Sir R. Murchison hat diese Mittheilung von Lord Gifford erhalten, dem sie hinwiederum durch seinen Bruder, Lord William Hay, Zivilkommissar in Kaschmir, zugegangen ist. Lord Hay schreibt unterm 8. Septbr.: „Du wirst mit Freuden hören und es Freunden, so wie überhaupt denen, welche sich für die Sache interessiren, mittheilen, daß es mir geglückt ist, in den Besitz des 135 Seiten enggeschriebener Notizen enthaltenden Tagebuchs Adolf Schlagintweits zu gelangen, so wie in den Besitz eines Schädels, von welchem zuversichtlich behauptet wird, er sei der des unglücklichen Reisenden. Die letzte in das Tagebuch eingetragene Notiz ist vom 11. August 1856 (ein paar Tage vor seiner Enthauptung).“ Sir R. Murchison bemerkt dazu: „Den noch am Leben befindlichen Brüdern Schlagintweit wird es auf diese Weise möglich, ihr in der Veröffentlichung begriffenes Werk durch Beschreibung einer Gegend zu bereichern, welche in neuerer Zeit noch nie der Fuß eines andern reisenden Gelehrten betreten hat.“

London, 5. Nov. [Der Großfürst Konstantin] begiebt sich, wie verlautet, in Folge von Depeschen, welche ihm aus Petersburg zugekommen sind, direkt über Rotterdam nach Rußland, und will sich auf der Reise nur so lange aufhalten, als die Rücksicht auf seine Gemahlin erheischt. Eine Reise nach Paris scheint von seiner Seite nie beabsichtigt gewesen zu sein.

Frankreich.

□ Paris, 5. Novbr. [Die Dappenthal-Angelegenheit; Preßstreitigkeiten; Ratazzi; Behandlung der Presse; vom Hofe; die mexikanische Expedition; Broschüre.] Die Besetzung des Dappenthals durch französische Truppen ist ein Gewaltstreich, wie er seit den ersten Jahren unseres Jahrhunderts kaum erhört ist. Seit dem Vertrage von 1815 ein Gegenstand fortwährender Zwietracht zwischen der Schweiz und Frankreich, ist die Souverenätät über das Dappenthal von keiner der beiden Regierungen ausgeübt worden, allein Napoleon III. scheint seinerseits fest entschlossen, das streitige Gebiet als zu Frankreich gehörend zu betrachten. Seit gestern weht die französische Fahne nicht allein in dem zuerst besetzten Weiler Cressonnières, sondern in allen fünf Gemeinden, und ebenfalls gestern Abend haben zehn französische General-Stabsoffiziere Paris verlassen, um in dem Thale die zur Anlegung einer Heerstraße erforderlichen Vorarbeiten zu beginnen. (?) Der Werth des Dappenthales für Frankreich ist namentlich ein strategischer, da durch dasselbe zwei große Straßen führen, welche einmal den Genfer See mit dem französischen Fort des Rousses, einen sehr festen Platz im Jura, dann die Departements des Ain und des Jura mit einander in Verbindung setzen, so weit sich dieselben an der Schweizer Grenze hinziehen. Sie sehen, die hiesige Regierung verliert keinen Augenblick, um sich vollständig häuslich mit Militärstraßen und allem, was dazu gehört, einzurichten, damit auch hier das fait accompli den zu spät kommenden Protesten Stillschweigen gebieten kann. Der Schweizer Bundesrath hat natürlich sofort durch seinen hiesigen Gesandten einen Protest an Thouvenel überreichen lassen, derselbe hat dies Aktenstück indessen wohl mit einem leisen Hohn entgegengenommen. Der Protest der Schweiz wird in jenen Karton gelegt werden, in welchem sich bereits ähnliche Aktenstücke aus dem vorigen Jahre gelegentlich der Annexion von Faucigny und Chablais befinden. Hier wenigstens zweifelt Niemand daran, daß Frankreich auf keine Weise zur Aufgabe jener Okkupation geneigt sein wird, durch welche Genf zu einer vollständigen Enklave in Frankreich gemacht wird. Wie lange diese kleine Republik, der Schlüssel für Frankreich, Deutschland und Italien, ihre Selbständigkeit behaupten wird, nachdem französische Kanonenboote auf dem Genfer See sind, und französische Heerstraßen den Kanton von seinen Bundesgenossen fast vollständig abschneiden, und seitdem namentlich französische Intriguen im Innern selbst unheilvolle Uneinigkeit hervorgerufen haben, ist schwer zu sagen, da es ausschließlich auf den Wink Napoleon III. ankommt. Man sagt mir, Herr Kern habe bereits am Sonnabend eine Audienz in Compiègne in dieser Angelegenheit gehabt, aber der Kaiser habe ihm ausdrücklich zu verstehen gegeben, daß ihm das streitige Gebiet nöthig sei. Uebrigens klingt es wie eine übermüthige Ironie, wenn gestern und heute die „ergebenen Vertheidiger“ der Regierung, „Patrie“, „Pays“ und „Constitutionnel“ erklären, daß mit der Schweiz um Abtretung des Dappenthales Unterhandlungen angeknüpft worden seien. (S. die Auslassungen des „Moniteur“ in der gestr. Ztg.) Hier eingetroffene Nachrichten bestätigen, was natürlich zu erwarten war, daß in der Schweiz eine große Aufregung herrscht. Doch werden Ihnen darüber andere Mittheilungen zugehen; die Nachrichten aus der Schweiz werden hier sorgfältig unterdrückt, oder doch wenigstens verspätet. So war die Besetzung des Dappenthales in London volle 12 Stunden eher bekannt als hier. — Die Erklärung Laguerronnière's, daß er allerdings der „Patrie“ durch Rath und That, wenn es nöthig sei, beistehen werde, macht den unerquicklichen Streitereien, in denen sich die oben erwähnten ergebenen Blätter ergingen, ein Ende, und wenn Véron und der „Constitutionnel“ heute noch einmal auf diesen Gegenstand zurückkommt, so ist dies ein Gebahren wie bei streitenden Weibern, welche nun einmal das letzte Wort haben wollen, weil sie dadurch zu beweisen glauben, daß sie Recht haben. Der eigentliche Kern der Diskussion hätte die Lösung der römischen Frage sein sollen, allein da sie im Grunde genommen ziemlich derselben Ansicht darin waren, daß nämlich die Okkupation Roms auch fernerhin noch aufrecht zu halten sei, bis die Stunde des Himmels gekommen sei, wie die „Patrie“, oder bis die Lösung gefunden, wie der „Constitutionnel“ sagte (ich bemerke dabei, daß diese beiden Phrasen eigentlich identisch sind, da es scheint, daß man auf Erden keine Lösung suchen will), so handelte es sich zuletzt bloß noch darum, ob Laguerronnière es wirklich wage, gegen seinen ehemaligen Patron Persigny aufzutreten. In der Zwischenzeit hatte die „Opinion Nationale“ in einem angeblich vom Prinzen Napoleon herrührenden Artikel eine wirkliche Lösung der Frage vorgeschlagen, allein, wie es häufig

zu gehen pflegt, sofort haben sich die bisherigen Feinde, „Constitutionnel“ und „Patrie“, versöhnt, um gegen den neuen Widersacher Front zu machen. Wenigstens forderte sie Grandguillot in einem Artikel gestern zu diesem Kreuzzuge auf, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie diesem Rufe Folge leisten. — Ratazzi verweilt noch immer hier; allein er macht sich wohl kaum die Hoffnung, eine Umänderung in den Absichten des Kaisers herbeiführen zu können. Im Laufe dieser Woche wird die sogenannte liberale Presse Ratazzi endlich das Bankett geben, von welchem ich bereits in früheren Briefen gesprochen habe. An der Spitze des Unternehmens stehen „Siècle“ und „Opinion Nationale“; ich glaube indessen, daß auch andere Blätter, wie „Presse“ und „Temps“, sich daran betheiligen werden. Die beiden erstgenannten Zeitungen hatten in der letzten Zeit bei verschiedenen Gelegenheiten in politischer und religiöser Beziehung sehr weitgehende Ideen ausgesprochen. Augenblich weht indessen ein konservativer Wind in den offiziellen Regionen, und Persigny hat sie daher auffordern lassen, sich ein wenig zu mäßigen, und zwar nicht bloß in ihren Betrachtungen über die römische Frage, sondern nach allen Seiten hin. So wurde z. B. von Guéroult, dem bekannten Hauptredakteur der „Opinion Nationale“, ein Artikel über Rußland unbarmherzig gestrichen, da die in demselben über die augenblicklichen Vorfälle und die Zukunft jenes Reiches dargelegten Ansichten zu scharf waren. Sie sehen, daß es mit der Unabhängigkeit selbst solcher Journale, welche nicht für ganz offiziös ehemals galten, nicht gerade weit her ist, geschweige denn also „Pays“ und Konsorten. — Prinz Napoleon und seine Gemahlin, die Prinzessin Clotilde, Fould, dessen Ernennung zum Minister entschieden feststeht, Haußmann und einige andere hohe Beamte bilden die erste Reihe der nach Compiègne für diesen Monat geladenen Gäste. — Der heutige „Moniteur“ meldet (wie schon telegraphisch mitgetheilt) die Unterzeichnung der Konvention über die mexikanische Expedition. Es konnte Niemandem verborgen sein, daß man hier beabsichtigte, nicht bloß eine Demonstration gegen Mexiko vorzunehmen, sondern daß man bis nach Mexiko, der Hauptstadt selbst, dringen wollte. Wie ich erfahre, ist diese Bedingung in den Text der Konvention mit aufgenommen worden. Die anderen Bedingungen betreffen die Anzahl der Schiffe und Truppen. Während die ersteren von jedem der drei partizipirenden Staaten nach Belieben gestellt werden, ist die Zahl der Soldaten nach der Zahl der in Mexiko verweilenden Unterthanen einer jeden Regierung normirt, so daß Spanien die meisten Truppen stellt und demnächst Frankreich. Das letztere rüstet eifrig und bereits ist eine Batterie gezogener Kanonen in Brest eingeschifft. Wollte man behaupten, daß die öffentliche Meinung hier sich sehr günstig über diese Expedition ausspräche, so irrt man; die öffentliche Meinung schweigt, und dies ist die schlimmste Verurtheilung einer militärischen Expedition in einem so kriegerischen Lande. — Der Kardinal von Besançon wird eine Broschüre veröffentlichen, in welcher er die von dem Pater Passaglia aufgestellten Grundsätze angreift.

Paris, 5. Nov. [**Tagesnachrichten.**] Der „Moniteur“ meldet, daß die Herzoge von Oporto und Beja am 4. Novbr. nach Compiègne abgereist sind. Ihr Gefolge besteht aus einem General-Adjutanten des Königs von Portugal, einem Kammerherrn und zwei Ordonnanzoffizieren. Der portugiesische Gesandte, Vicomte de Paiva, und die Mitglieder der Gesandtschaft, welche Einladungen erhalten haben begleiten die Prinzen nach Compiègne. — Die „Opinion nationale“ zählt mit großer Entrüstung eine Reihe deutscher Demonstrationen gegen Frankreich auf; man verfertige jenseits des Rheins Landkarten, welche Frankreich von seinen Nachbarn im Norden, Süden, Osten und Westen zerstückelt darstellen, man fasse Zeitungsartikel in gleichem Sinne ab, feiere die Schlachten von Leipzig 2c. Zuletzt habe ein ausgezeichneter dramatischer Dichter, Friedrich Hebbel, in einer Krönungsode an den König von Preußen in die Trompete des nationalen Fanatismus gestoßen. Die „Opinion nationale“ vergißt zu bemerken, daß alle diese Kundgebungen doch im Grunde nur defensiver Natur sind und sich dadurch wesentlich von gewissen französischen Betrachtungen unterscheiden, selbst wenn diese in kühlerem Ton vorgetragen werden. — Der intrigante mexikanische General und Ex-Präsident Miramon, der von Paris sich nach Madrid begeben hatte, und sowohl hier von dem Kaiser als dort von der Königin empfangen wurde, ist bereits nach der Havannah abgereist. — Der neapolitanische General Del Re ist mit Aufträgen Franz' II. hier angekommen. — Auf der Bahn von Soissons hat abermals ein Unfall stattgefunden. Der Zug, welcher von Villers-Cotterèts kam, gerieth beim Bois du Tillet aus den Schienen, und die Lokomotive, ein Pack- und vier Personenwagen überstürzten sich. Außer dem Zugführer und drei Angestellten, welche übrigens nur leicht verwundet wurden, hat Niemand Schaden erlitten, dagegen ist besonders die Lokomotive sehr arg mitgenommen worden. Eine zu starke Krümmung der Schienen an genannter Stelle war die Ursache des Unfalles. — Aus Mexiko hat man Nachrichten vom 12. Sept. Es herrschte dort große Aufregung und man erwartete ernste Ereignisse. Es herrschte in dem Lande so wenige Sicherheit, daß der Eilwagen von Mexiko nach Veracruz in den letzen Wochen fünf Mal beraubt werden konnte.— Die letzten Nachrichten aus der Insel Madagascar sind vom 15. Sept. Sie bestätigen, daß der junge König Radama II. alle Versprechungen, die er gemacht, gehalten hatte. Er hatte die blutdürstigen Dekrete, die seine Mutter erlassen, abgeschafft und die Insel Madagascar dem Handel eröffnet.

— [**Konvention gegen Mexiko.**] Das ministerielle „Pays“ schreibt: „Wenn unsere Nachrichten genau sind, so enthält der Triple-Traktat, welcher in London von England, Spanien und Frankreich unterzeichnet worden ist, nicht mehr als fünf oder sechs Artikel. Der erste soll die gemeinsame Aktion der Mächte auf dem mexikanischen Gebiet feststellen, indem er diese Aktion auf die ärgerlichen Verletzungen der Verträge beschränkt, welche Mexiko Frankreich, England und Spanien gegenüber banden. Diese Aktion wird durch Land- und Seetruppen ausgeübt werden, deren bezügliche Zahl bereits festgestellt ist. Jede Macht wird ein gleiches Kontingent maritimer Streitkräfte stellen, aber für die Landtruppen wird das von Spanien gestellte Kontingent das zahlreichste sein. Diese Streitkräfte sollen Vera-Cruz und alle Punkte der mexikanischen Küste besetzen, welche man für nützlich erachten wird, um so schnell als möglich das Ziel zu erreichen, welches die vereinigten Mächte sich vorsetzen. Zu diesem Behuf werden Unterhandlungen mit der mexikanischen Regierung eingeleitet werden, welcher man den Gegenstand, die Bedingungen und die Grenzen der Expedition bezeichnen lassen wird; wenn die Republik Mexiko den berechtigten Forderungen der Mächte beitritt, so werden die Chefs der Expedition ihren bezüglichen Regierungen das Reglement unterbreiten, welches inzwischen abgeschlossen sein wird, ohne jedoch irgend einen der Punkte des mexikanischen Gebietes aufzugeben, welche von den alliirten Streitkräften besetzt sind, indem die drei Mächte überdies das Recht sich vorbehalten, solche Garantien zu fordern, welche sie bis zur vollständigen Ausführung des Vertrages für angemessen erachten werden. Es wäre durch den Vertrag verabredet, daß jede der drei Mächte das Recht sich versagt, für ihre eigene persönliche Rechnung irgend einen Theil des mexikanischen Gebietes zu besetzen, noch in die Entschließung der Republik einzugreifen, insofern dieselben die Regierungsform betreffen, welche anzunehmen sie ihren Interessen nützlich erachten wird. Spanien hätte nicht verfehlt, daß, seiner Ansicht nach, die monarchisch-konstitutionelle Form für Mexiko passe; aber es hat auf den Anspruch verzichtet, welchen es anfangs erhoben hatte, in den Vertrag eine besondere Klausel in dieser Beziehung eintragen zu lassen. England seinerseits hätte schließlich einen wichtigen Punkt zugestanden, daß nämlich keine der drei Mächte den Thron von Mexiko für einen Prinzen aus einer der drei intervenirenden königlichen Familien annehmen kann. Die Vereinigten Staaten werden eingeladen, an Frankreich, England und Spanien sich anzuschließen. In diesem Falle sind die Repräsentanten der drei Mächte in Washington ermächtigt, ein Supplementarprotokoll mit der Regierung der Vereinigten Staaten zu unterzeichnen, welche das Recht haben wird, nach Mexiko eine Streitmacht zu schicken, welche derjenigen jeder der drei europäischen Mächte gleich ist. Die Geschwader sollen in den Gewässern von Vera Cruz sich vereinigen.“

Paris, 6. Nov. [**Dappenthal-Angelegenheit.**] Der gestern telegraphisch angezeigte Artikel des „Moniteur“ über die Dappenthal-Angelegenheit lautet wörtlich: „Da die auswärtige Presse in zahlreichen Kommentaren sich ergeht in Betreff der Erscheinung einiger französischer Gendarmen und Soldaten in dem Dorfe Cressonnières, welches zum Dappenthale gehört, so ist es von Wichtigkeit, die Thatsachen auf ihren wahren Werth zurückzuführen. Wir sind noch nicht genau unterrichtet über das Ereigniß, welches die Anwesenheit eines Truppendetachements auf diesem Punkte, und in Folge dessen die Reklamationen des Bundesrathes motivirt haben würde; aber wir können versichern, daß die Regierung des Kaisers niemals den Gedanken gehabt hat, mit Gewalt und mittelst einer militärischen Okkupation eine Territorialfrage zu durchschneiden, welche zwischen Frankreich undder Schweiz seit 1815 schwebt. Es ergab sich aber aus der Thatsache dieses Streites eine Art Neutralisation des bestrittenen Territoriums, welche die Behörden des Kantons Waadtland kürzlich dadurch angegriffen haben, daß sie im Laufe der Monate Juli und Oktober dieses Jahres zu zwei Verhaftungen im Dappenthale schreiten ließen. Die Regierung des Kaisers hatte zu Bern gegen diese Störung des Status quo protestirt, indem sie ankündigte, daß, wenn die Waadter Gendarmen von Neuem Jurisdiktionsakte in dem Dappenthal ausübten, wir uns in der Nothwendigkeit befinden würden, denselben uns zu widersetzen. Da nun das Tribunal von Nyon eine Verurtheilung zu Gefängniß gegen einen französischen Unterthan, welcher dieses Terrain bewohnt, ausgesprochen hatte, so handele es sich einfach darum, die Verhaftung desselben zu verhindern. Die Angelegenheit würde also nicht die Wichtigkeit haben, welche man ihr hat beilegen wollen. Wir zweifeln nicht, daß aufrichtige Erklärungen, welche mit dem Bundesrathe ausgetauscht werden, dieselbe auf ihre wahren Verhältnisse zurückführen und vielleicht den Abschluß einer Uebereinkunft vorbereiten, welche bestimmt ist, den Konflikten ein Ende zu machen, die aus einem schlecht bestimmten (mal défini) Zustande der Dinge unausbleiblich entstehen mußten.“

Schweiz.

Bern, 4. Novbr. [**Zur Dappenthalfrage**] bringt die „Berner Ztg.“ nachstehenden Artikel: „Wie versichert wird, steht das plötzliche Wiederauftauchen der Dappenthalfrage nicht ohne Zusammenhang mit der Ville-la-Grand-Affaire und den neuesten Grenzplackereien in der Westschweiz überhaupt. Der französische Gesandte hat durchblicken lassen, daß man dortseits nicht ungeneigt wäre, die Ville-la-Grand-Affaire fallen zu lassen, wenn — wenn die Schweiz zu einem Arrangement wegen des Dappenthals sich herbeiließe. Ueberhaupt hat die neueste französische Politik gegenüber der Schweiz die Dappenthalfrage besonders zu betonen begonnen. Die ersten Eröffnungen des neuen französischen „Ambassadors“ im Jahre 1858 betrafen vorzüglich das Dappenthal. Der Bundesrath wollte nicht. Gleichwohl aber kommt wiederholt und wiederholt das Dappenthal. Warum denn legt Frankreich einen so großen Werth auf dieses Stück Erde? Es wird sagen, wegen seiner Sicherheit, seiner Vertheidigung, wegen seiner hart angrenzenden Festung Les Rousses! Wir aber glauben, daß die Motive anderer Natur sind. Das Dappenthal bildet die einzige Unterbrechung der Straße zwischen Fort Les Rousses und Fort l'Ecluse, die beiden gefährlichen französischen Grenzfestungen vor Genf. Wäre das Dappenthal französisch, so könnte Frankreich zwischen diesen beiden Festungen ganz frei verkehren, und Genf läge mitten innen, wie die Maus in der Falle. Ferner um vom Fort Les Rousses ohne schweizerische Unterbrechung nach dem Pays de Gex und damit nach Genf zu gelangen, ist für Frankreich wiederum das Dappenthal nöthig. Mit einem Worte: das Dappenthal ist ein weiterer französischer Vorposten gegen Genf. In Folge der französischen Annexion Savoyens ward Genf wie in einem Spinnennetze gefangen; von sechs auf Genf einmündenden Hauptstraßen kommen fünf direkt vom französischen Gebiete her, die Chablais-, die Arve-, die St. Julien-, die Lyoner und die Faucille-Straße; sie umkreisen Genf bis auf ein kleines Loch, das nach der Schweiz zu offen bleibt und durch welches die einzige Verbindungsstraße mit der Schweiz führt. Diese Straße nun würde mit um so größerer Leichtigkeit abgeschnitten, wenn Frankreich im Besitze des Dappenthales wäre, indem von da aus die Straße über Versoix und Nyon in Zeit von zwei Stunden unterbrochen werden kann. Also um die Vervollständigung des Spinnennetzes gegen Genf handelt es sich bei der Dappenthalaffaire. Die savoyardische Flanke hat die Schweiz leider, leider aufgegeben und sich mit schriftlichen Protestationen begnügt; wird sie wohl auch für die Dappenthalflanke es ebenfalls bei Dinte und Papier bewenden lassen? Beifügen müssen wir noch, daß das Dappenthal wirklich schweizerischer Boden ist; es gehörte zur Schweiz, seitdem die Waadt schweizerisch ist. Wenn es seiner Zeit mit den Worten, jeden Fuß schweizerischen Bodens mit Gut und Blut zu vertheidigen, wirklich Ernst war, so kann heute unter den Eidgenossen allen eine abweichende Meinung nicht wohl bestehen.“

Folgendes ist der Wortlaut des Kreisschreibens, mittelst dessen der Bundesrath den Kantonsregierungen Anzeige von den neuesten Vorgängen im Dappenthal und von den durch ihn gethanen Schritten macht: „Vom Staatsrathe des Kantons Waadt erhielten wir gestern die Anzeige, daß ein starkes Detachement französischer Gendarmerie, so wie eine Abtheilung Soldaten des Forts Les Rousses in die waadtländische Ortschaft Cressonnières suisses eingerückt sei. Diese so auffallende Gebietsverletzung scheint dadurch motivirt zu sein, daß die französische Gendarmerie im Glauben stand, es beabsichtige die waadtländische Polizei im Dappenthale Verhaftungen vorzunehmen, was von französischer Seite nicht zugegeben werden dürfe. Gleich nach Eingang dieses Berichtes haben wir zwei eidgenössische Kommissarien in den Personen der Herren Regierungspräsident Migy von Bern und Staatsraths-Vizepräsident Veillon von Waadt auf Ort und Stelle abgeordnet, um über den Vorfall weitere Erkundigungen einzuziehen. Endlich haben wir die schweizerische Gesandtschaft in Paris angewiesen, bei dem kais. Ministerium darauf zu dringen, daß die in das Dappenthal eingerückte bewaffnete Macht (wenn dies nicht schon geschehen) sofort über die Grenze zurückgezogen, daß für das Geschehene angemessene Genugthuung geleistet und daß Vorsorge getroffen werde, damit solche Gebietsverletzungen sich künftig nicht wiederholen.“

Bern, 7. Nov. [**Telegr.**] Durch den Bericht der eidgenössischen Kommissare wird die Grenzverletzung im Dappenthal vollständig bestätigt. In der Antwort Thouvenels auf eine desfallsige Anfrage des schweizerischen Gesandten, Kern, heißt es, Frankreich beabsichtige nicht die Dappenthalfrage durch thatsächliche Akte zu präjudiziren, verlange nur die Aufrechthaltung des Status quo und sei bereit über eine definitive Vereinbarung zu unterhandeln.

Italien.

Turin, 2. Nov. [**Zur römischen Frage.**] Viel Aufsehen macht hier eine kleine Broschüre unter dem Titel „der Tod des Papstes“, welche den ehemaligen Redakteur der hiesigen Volkszeitung, Goveau, zum Verfasser hat. Er sucht darin den Beweis hinzustellen, daß man für jetzt nicht nach Rom gehen könne, daß die Lösung der römischen Frage erst nach dem Tode des jetzigen Papstes möglich sei und daß man indessen auf Venedig denken müsse. Der Verfasser schließt mit der Bemerkung, es sei, um zur definitiven Lösung der nationalen Frage zu gelangen, vor Allem nöthig, erst den Staat im Innern und nach außen kräftig zu organisiren, die Finanzen und das Heer zu ordnen; man solle sich auch mächtiger Freunde und Bündnisse versichern. Man sieht aus dem Ganzen, daß der Verfasser ganz im ministeriellen Sinne schreibt, und daß sein Hauptzweck dahin geht gegen die Agitationsversuche der Radikalen aufzutreten. Goveau war ursprünglich ein Schriftsetzer, der im Jahre 1848 die Volkszeitung, ein sehr freisinniges Blatt, in ganz kleinem Formate, gründete; sie machte bis zum Jahre 1859 gegen alle Ministerien eine gemäßigte Opposition, ohne jemals in mazzinistische Exzentrizitäten zu fallen. Die Opposition dieses Blattes gegen das Cavour'sche Ministerium wurde immer schwächer, bis es im Jahre 1859 ganz zu dessen Gunsten auftrat, dabei aber immer eine sehr unabhängige und scharf gezeichnete Stellung behielt. Seit einem Jahre verließ Goveau die Redaktion, und überließ die Leitung seinen Mitarbeitern Bottero und Borella, die dasselbe in gleichem Sinne fortsetzen. Die Meinung, daß man für jetzt nicht daran denken könne, nach Rom zu gehen, von einem so bewährten, freisinnigen und nationalen Schriftsteller aufgestellt, ist geeignet großen Eindruck zu machen. Die Broschüre wird nicht wenig beitragen, die Stellung der Regierung zu bessern, die gleich Anfangs vielleicht mit zu heißen Versprechungen und Aussichten hinsichtlich der römischen Frage aufgetreten ist, während die französische Regierung noch zaudert. Uebrigens zeigen die ununterbrochenen Verhandlungen zwischen Paris und Turin, die Unterredungen Ratazzi's mit den französischen Staatsmännern, die Berufung Goyons und Lavalettes nach Compiègne, daß die römische Frage fortwährend studirt wird. (N. Z.)

— [**Militärisches.**] Der neue Kriegsminister della Rovere ist energisch mit der militärischen Reorganisation beschäftigt und hat zunächst ein Gendarmerie-Elitenkorps gebildet, wozu die Infanterie-Bataillone zwölf, die Kavallerie-Schwadronen 25 Mann liefern. In voriger Woche gingen 3000 Karabinieri nach den neapolitanischen Provinzen ab, tausend andere gehen in dieser Woche nach Sicilien, und 300 sind in Bologna eingerückt, wo mehrere Erdolchungen vorgekommen waren.

— [**General Lamarmora**] hat am 2. November seinen Posten in Neapel mit einer Proklamation angetreten, in welcher er die Neapolitaner auf die Schwierigkeiten seiner Aufgabe und auf die noch zu bringenden Opfer hinweist und mit den Worten schließt: „Ich komme zu Euch, entschlossen aus allen Kräften bei dem großen Werke mitzuwirken, Italien zu einen und es unabhängig, frei und glücklich zu machen.“

Turin, 3. Nov. [**Das Rundschreiben des Justizministers an die Bischöfe.**] Vor seiner Abreise nach Neapel hat der Justizminister ein Zirkular an alle Bischöfe und Erzbischöfe des Reiches erlassen, worin diese angewiesen werden, den Klerus zu ermahnen, sich nicht gegen die Nationalregierung aufzulehnen und die Religion nicht zum Vorwande einer regierungsfeindlichen Haltung und Agitation zu mißbrauchen. Das schon erwähnte Schreiben Miglietti's ist sehr energisch abgefaßt und es steht um so mehr zu erwarten, daß es gegen die Widerspenstigen nicht bei den bloßen Drohungen bleiben wird, als man nicht hoffen kann, daß die Mehrheit der höheren katholischen Geistlichkeit in Italien die Politik fahren lasse und sich einzig und allein auf ihre religiös-kirchliche Mission beschränke. Die Ausführung der angedrohten Maaßregeln gegen die Widerspenstigen wird jedoch meist von den Provinzialgouverneuren oder Präfekten abhängen. Es liegt ohne Zweifel in der Absicht der Regierung, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die weltliche Gewalt der Kirche unter was immer für einer Form aufhöre, und dies wird in dem Migliettischen Rundschreiben auch offen ausgesprochen. Es wird darin gesagt: „Einer der heißesten aufrichtigsten Wünsche der Regierung, welchem sich die ganze Nation gewiß zugesellt, ist jener, daß bald der Tag erstehen möge, an welchem die Rechte der geistlichen und weltlichen Gewalt klar getrennt seien, und nach strenger Bezeichnung der beiderseitigen

Grenzen die Kirche einerseits volle Freiheit in geistlichen Dingen und in der Leitung der Gewissen der Gläubigen genießen, der Staat andererseits vor der Schwelle des Heiligthums stehen bleiben dürfe mit der Gewißheit, daß ihm dort keine Befugnisse zustehen, weil die Stimme der weltlichen und materiellen Interessen nicht hineindringt. Damit aber dieser Wunsch erfüllt werde, ist es nothwendig, daß die Kirche der weltlichen Gewal jeder Art entsagt, daß sie jede Anmaßung, die Rechte des Staates anzugreifen, ablege, daß sie, um ein heiliges Wort anzuführen, ihre Sorgen auf jenes Reich, welches nicht von dieser Welt ist, beschränke." (N. Z.)

Neapel, 24. Okt. [Die angebliche kirchliche Reformbewegung.] Der „A. Z." wird von hier geschrieben: Mehrere deutsche Blätter wollen unter der italienischen, namentlich auch der neapolitanischen, Geistlichkeit das Aufkeimen einer der Macht des päpstlichen Stuhles gefährlichen Reformbewegung bemerkt haben. Es können dergleichen Gerüchte nur durch die Bemühungen der Aktionspartei, einen Theil der niederen Geistlichkeit (an die höhere hat man sich klüglich gar nicht herangewagt) zu einer Demonstration gegen die weltliche Macht des Papstes zu bewegen, hervorgerufen worden sein. Die Regierung würde schwerlich vor einem Schisma zurückschrecken, wenn sie hoffen könnte, auf diesem Wege, zu dessen Betreten sie vielleicht sogar schon vorbereitende Schritte that, ihre Sehnsucht nach Rom zu befriedigen. Der Pater Pantaleo und die wenigen Anhänger, welche die neue Ordnung im Klerus fand, reisten im Lande umher und agitirten, um von einzelnen unzufriedenen Geistlichen, die es hier wie überall giebt, eine Adresse an den Papst, in der er zum Aufgeben der weltlichen Macht aufgefordert wird, unterzeichnen zu lassen. Nur auf Sicilien, wo in Palermo und Messina etwa 200 Unterschriften gesammelt, und auch ein paar Zusammenkünfte der abtrünnigen, durchgängig zu den niedrigsten Graden gehörigen Geistlichen zu Stande gebracht wurden, waren die erreichten Erfolge bedeutend genug, um irgend eine Erwähnung zu verdienen. Einen Einfluß auf die Gesinnung der blind zu Rom haltenden Hauptmasse des Klerus haben diese Vorgänge nicht gehabt, und werden auch vorläufig eine solche nicht gewinnen können. Schon aus der Thatsache, daß im Laufe von weniger als einem Jahre der Erzbischof und mit ihm etwa 30 Bischöfe aus ihren Diözesen verbannt oder gar ins Gefängniß gesetzt wurden, ersieht man deutlich, welche Stellung Regierung und Kirche im Neapolitanischen einander gegenüber einnehmen. Hunderte von niederen Geistlichen, welche sich zu Führern der Königlichen aufwarfen, oder offen den Aufstand predigten, wurden von den Gerichten zum Tode oder zur Gefangenschaft verurtheilt. Ein einziger Bischof, der von Ariano fortgejagte Msgr. Caputo, früher wüthender Bourbonist, gab sich dazu her, den Piemontesen zu ihren Festen die Messe zu lesen. Gerade dieser aber erfreut sich weder beim Volk noch bei seinen Kollegen eines Rufs, welcher ihn befähigte, so nachdrücklich wie er es als Oberkaplan des Königs Victor Emanuel möchte, den Haß gegen die Piemontesen zu bekämpfen. In Sardinien, wo sich in einer Reihe von Jahren eine ganz neue, der hiesigen durch ihre Erziehung weit überlegene niedere Geistlichkeit heranbildete, mögen die Verhältnisse anders liegen; in Neapel aber würden die Schismatiker unter der jetzigen Generation der Priester auf wenig oder gar keinen Anhang rechnen dürfen. Die Behauptung, daß die kirchliche Gesinnung des italienischen Volkes einen Umschwung erlitten hätte, ist wenigstens insofern richtig, als ein solcher bei einem allerdings noch geringen, aber wachsenden Theil der städtischen Bevölkerung sich wirklich schon bemerkbar macht. Wenn die Zeitungen es als ein Zeichen der Aufklärung ansehen, daß in Oberitalien die Waldenser auf der Bühne unter dem rauschenden Beifall des Publikums glorifizirt werden, so gehen die Neapolitaner, welche seit vier Wochen fast allabendlich in einem die Mortarageschichte darstellenden Theaterstücke die Juden beklatschen, und die katholischen Geistlichen auspfeifen, hierin noch viel weiter. Pulcinella und die Bühne haben in Neapel stets einen starken Einfluß ausgeübt. Bei den Landbewohnern aber steht der Einfluß der Geistlichen noch für viele Jahre hinaus unerschütterlich fest. Eine andere Volkserziehung erst kann denselben brechen. Es sind nun zwar die nöthigen Schritte von der Regierung gethan, diese den Geistlichen zu entziehen, doch geschah noch nichts, um neue Einrichtungen und Schulen an die Stelle der abgeschafften zu setzen.

— [Die Insurrektion im Neapolitanischen.] Der Guerillaführer Cipriani, wird der „Allg. Ztg." aus Neapel, 26. Oktober, berichtet, drang vor einigen Tagen bei der Verfolgung einer von ihm überfallenen kleinen Truppenabtheilung bis zu dem nahen an der Eisenbahn gelegenen Cancello vor. Der Ort Ottajano, am Fuß des Vesuvs, wurde am 21. d. von einer 50 Mann starken Bande, die bei ihrem Abzug mehrere der angesehensten Einwohner mitschleppte, um von ihnen ein Lösegeld zu erpressen, überfallen und gebrandschatzt. Auf Castelpizzuto bei Isernia wurde ebenso am 18 d., aber mit weniger Erfolg, ein Angriff versucht. Von Manfredonia und Barletta lief die Nachricht ein, daß zwei Dampfer und ein Transportschiff, die, wie man vermuthet, bourbonische Parteigänger an Bord haben, dort gesehen worden seien. Die von hier sofort abgeschickte Fregatte „Garibaldi" wird schwerlich zur rechten Zeit eintreffen, um die Landung, wenn eine solche überhaupt beabsichtigt ist, zu verhindern. Chiavone sammelte in Rom Anhänger zu neuen Einfällen auf das neapolitanische Gebiet. Die Zahl der täglich gemeldeten Raubanfälle und Erpressungen, die zwar keine politische Bedeutung haben, aber doch dem Handel nicht unbeträchtlichen Schaden zufügen, ist größer als in der blühendsten Zeit des „Brigantaggio". — Der Neapolitaner „Paese", ein ultra-unionistisches Blatt, bemerkt, daß die Regierung noch keine entscheidenden Siege gegen die Banden erfochten hat, da sie, an einem Orte angegriffen, nach kurzem Scharmützel verschwinden und trotz allfälliger Verluste an Menschen und Pferden immer von neuem, zahlreicher und verwegener, an anderen Orten wieder zum Vorschein kommen. — Eine aus Neapel vom 26. Okt. datirte Korrespondenz der „Gazette du Midi" giebt folgende Details über die Stellung der royalistischen Banden in der Provinz Capitanata und über die Führer, die daselbst kommandiren. Lucariello, „ein junger Mann von außerordentlicher Kühnheit", steht in den Wäldern von Umbra im Herzen des Garganogebietes mit 600 Mann; am südlichen Abhange des Gargano befehligt de Sambro zwischen San Marco und Rignano 400 M.; Licandro, an der Spitze von 800 Mann, hält sich zwischen San Severo und Torre maggiore am Ausgangspunkte der Bergkette, die sich an der Grenze der Terra di Molise hinzieht; zwischen Ascoli und Cerignola kommandirt Gabriel 400 Mann, und Antonio del Casale läßt seine 300 Mann zwischen dem letztgenannten Orte und dem kleinen, am Adriatischen Meere gelegenen Hafenorte Zapponata operiren.

— [Ueber die Zustände in Neapel] sagt ein Bericht der „A. Z.": 12,000 Tucharbeiter müssen von ihren Fabrikherren, denen die schnell herabgesetzten Zölle die Möglichkeit, zu bestehen, abgeschnitten haben, entlassen werden; 5000 Maschinenarbeiter feiern um eine Herabsetzung der Arbeitszeit, und andere Tausende, um eine Erhöhung des bei den hohen Lebensmittelpreisen ungenügenden Lohnes zu erzwingen. Der Vorstand des Arbeitervereins, der die Leitung des Strike übernahm, fordert zum Ausharren auf, und hat bereits durch seine Rathschläge einen kleinen Krawall herbeigeführt zwischen den Strikers und denen, welche sich der Demonstration nicht anschlossen.

— [Mazzinismus.] Professor Zuppeta, einer der Führer der Aktionspartei, der sich namentlich durch das Mazzinisiren der Arbeitervereine große Verdienste um seine Partei erwarb, und der jetzt ein republikanisches Journal, den „Plebiscita", in Neapel redigirt, hat einen Brief an den König Victor Emanuel gerichtet, dessen Anfang folgendermaßen lautet: „Eine Proklamation von Moncalieri, im entgegengesetzten Sinn, und die aufrichtige Durchführung der Volksabstimmung von Seiten der Regierung Ew. Majestät: dies ist die Gnade, welche ich verlange." Dann versichert er, dies sei der erste Athemzug, mit dem er sich bittend an einen „König der Erde" wende. Die angeführte Proklamation von Moncalieri wurde im Jahre 1849 erlassen, und der wahre Sinn der gestellten Bitte ist kein geringerer als der, daß der König das Parlament auflösen und bei der Anordnung neuer Wahlen eine Proklamation, in welcher er das Volk auffordert, Männer der Aktionspartei zu wählen, erlassen möge.

Rom, 2. Novbr. [Demonstrationen; Verkehrsstörungen; Franz Liszt.] In den letzten Tagen wurden mehrere durch ihre Anhänglichkeit an die Regierung bekannte Personen zur Gruft gebracht, als man plötzlich dreifarbige Zeichen und Flitter in eben jener Gruppe des Geleits bemerkte. Dergleichen öffentliche Aergernisse fortan zu verhindern, verordnete heute der Generalvikar Kardinal Patrizi, daß künftig nur die Geistlichen der eigenen oder, falls sie nicht ausreichen, auch die Kleriker anderer Pfarreien den Todten begleiten sollen. — Die Fahrten auf der Bahn von Civita-Vecchia sind wegen bedeutender, durch den Regen hervorgebrachter Beschädigung unterbrochen worden. Am 30. v. M. gerieth eine Lokomotive aus den Schienen, ohne daß Jemand verletzt wurde. — Auf Dienstag den 22. Okt. war die kirchliche Vermählung des Dr. Franz Liszt mit der Frau Fürstin Karoline von Sayn-Wittgenstein festgesetzt und alle Vorbereitungen schon getroffen, als an dem Tage selbst, wahrscheinlich auf geheime Denunziation, ein Verbot kam, die Einsegnung nicht zu vollziehen bis auf näheren Befehl.

Spanien.

Madrid, 5. Nov. [Ein republikanischer Aufruhr-Versuch] fand in Medinaceli statt; der Anstifter wurde festgenommen; das Herbeirufen der bewaffneten Macht war nicht nöthig.

Rußland und Polen.

Warschau, 5. Nov. [Die Ereignisse am 15. Oktober.] Die Blätter bringen eine offizielle Beschreibung der am 15. Oktober und in der darauf folgenden Nacht vorgekommenen Ereignisse. Aus derselben ergiebt sich, daß die Regierung namentlich deswegen die Entfernung der Demonstranten aus den Kirchen noch in der Nacht vornehmen zu müssen glaubte, weil für den 16. eine Prozession nach denselben und in Folge dessen ein ernster Konflikt zu befürchten war. Die Note versichert, daß die Räumung mit möglichster Rücksicht vollzogen und nur, als das Militär mit Stühlen und Bänken angegriffen wurde, ein unbedeutender Kampf entstanden, aber durchaus kein Blut vergossen worden sei. Die Gesammtzahl der Arretirten belief sich auf 1678.

Griechenland.

— [Zur Mai-Verschwörung in Athen.] Die Verschwörung hochgestellter griechischer Offiziere, welche im Mai in Athen entdeckt worden, scheint denn doch eine größere Bedeutung gehabt zu haben. Es handelte sich nicht bloß um eine gewaltsam herbeizuführende Kabinetskrisis, um einen auf dem Wege der Konspiration zu erzielenden Systemwechsel, sondern um eine Revolution, welche den Anstoß zu einer Erhebung hätte geben sollen. Als das eigentliche Haupt der Verschworenen soll der Artillerie-Oberstlieutenant Panos Koronaios anzusehen sein. Die Ideen, welche bei dieser Konspiration maßgebend waren, sind zu charakteristisch für die in Griechenland herrschende Stimmung, daß wir dieselben mittheilen zu müssen glauben; sie waren, wie der „Pr." in einem Schreiben aus Athen mitgetheilt wird, nach den bisherigen Resultaten der Untersuchung folgende: „Der Zustand Griechenlands ist ein trostloser; das ganze griechische Volk, mit Ausnahme einiger Schmeichler, ist in Verzweiflung darüber, das Vaterland seinem Untergange entgegengehen zu sehen, sowohl in Bezug auf seine innere Wohlfahrt, wie auch hinsichtlich der Ausdehnung seiner Grenzen; es ist deshalb bereit, sich wie Ein Mann gegen die Person des Staatsoberhauptes zu erheben, und hat seine Absetzung und Verbannung beschlossen. Alles ist für die Verwirklichung dieser Absichten vorbereitet, von denen das Heil der hellenischen Race abhängt. Der einzige und gefährlichste Feind Griechenlands ist der König, der beständig die guten Rathschläge der Schutzmächte zurückgewiesen hat, um sich mit Leib und Seele der östreichischen und bayrischen Politik zu weihen, welche die Vernichtung der Nation zum Zweck hat. Ohne Erben und ohne Hoffnung, solche im k. bayrischen Hause zu finden, einsehend, daß das hellenische Königthum ein ephemeres ist, dient der König den deutschen Interessen, er liebt die griechische Nation nicht und wird von ihr nicht geliebt. Die Freunde Griechenlands haben vergebens gesucht, unsere Lage zu verbessern; auch haben sie den Sturz des Königs beschlossen." Koronaios soll seinen Mitverschworenen gesagt haben, es gebe in der Armee Eingeweihte, von denen zwar ein Theil sich geweigert hat, bei der Verwirklichung der angedeuteten Pläne mitzuhelfen, doch haben sie sich verpflichtet, neutral zu bleiben, d. h. beim Ausbruch der Erhebung bloße Zuschauer abzugeben. Was die Chefs der verschiedenen Korps anbelange, so nehme man keine Rücksicht auf dieselben, denn sie seien altersschwach und keiner patriotischen Handlung fähig. Als die obersten Leiter der projektirten Aenderung der Dinge wurden einige Senatoren, ein ehemaliger Kabinets-Präsident und ein General bezeichnet. Mit diesen und ähnlichen Reden suchte Panos Koronaios unter anderen den Kommandanten des dritten Bataillons, S. Giannisarlis, für die Zwecke des Komplottes zu gewinnen. Ein zweiter sehr rühriger Agent war Leonidas Bulgaris. Er suchte durch die Versicherung Proselyten zu machen, daß 40 Offiziere, eine Anzahl Senatoren und gegen 300 Bürger den Eid geleistet hätten, die Waffen zu ergreifen, das Ministerium zu stürzen, den König gleichzeitig in seinem Palast einzusperren und, wenn, wie sie hofften, die Armee gemeinschaftliche Sache mit ihnen machte, diesen Souverän zu entfernen und die Nation zusammenzuberufen, damit sie die weiteren Entscheidungen fasse. Sollte jedoch die Armee sich in zwei Parteien theilen und die Gefahr eines blutigen Konfliktes entstehen, so werde man durch noch energischere Maaßregeln die Nothwendigkeit der Zusammenberufung der Nation veranlassen. Diese Projekte fanden jedoch nur an wenigen Orten den gewünschten Anklang. Die Offiziere M. Makris, D. Klimakas, C. Zimbrakakis und D. Botzaris wurden verhaftet. Die anderen Verschworenen versammelten sich am 16. Mai um 8 Uhr Abends im Café Chaptas und erwarteten bewaffnet die Stunde, in welcher sie zur Ausführung ihres Planes schreiten sollten. Allein um Mitternacht erhielten sie die Mittheilung, der ganze Plan wäre durch die zweckentsprechenden Maaßregeln der Regierung vereitelt worden.

Amerika.

Newyork, 22. Oktober. [Der Krieg.] Man schreibt der „K. Z." von hier: Auf dem Kriegsschauplatze hat sich im Großen und Ganzen nichts verändert. Am Potomac, wie am Missouri stehen wir noch immer am Vorabende der Entscheidung. Was so lange als Einbildung und Uebertreibung von den Organen der Regierung bespöttelt worden war: die Sperrung des Potomac durch die Batterien des Südens, das ist jetzt unumstößliche Thatsache. An der Mündung dieses Flusses liegen jetzt über 40 Schiffe, die nicht hinauffahren können. Einzelne, die sich hinaufwagten, sind beschädigt oder von den Konföderirten genommen worden, deren Befestigungen am Flusse sich jetzt von Aquia Creek bis an den Occaquan erstrecken und besonders stark bei Mathias Point sind. Es heißt jetzt, daß die große See-Expedition, die augenblich am Eingange der Chesapeakebay sich sammelt, zunächst gegen Richmond bestimmt sei. Wenn sich diese Angabe bewähren sollte, so ließe sich die Unthätigkeit des Obergenerals M'Clellan den Batterien des Feindes am Potomac gegenüber auch erklären. Direkte Nachrichten von M'Clellan's Armee melden, daß eine Vorwärtsbewegung nach Richmond zu Anfang November beabsichtigt sei, und daß die zwei am Potomac stehenden Korps als rechter Flügel und Zentrum, so wie die Division unter Wool als linker Flügel von Fort Monroe aus zu gleicher Zeit ins Innere von Virginien vordringen sollen. General Stone vom rechten Flügel machte gestern eine größere Rekognoszirung auf Leesburg und überschritt den Potomac bei Edwards Ferry, wurde aber von den in bedeutender Ueberzahl erscheinenden Rebellen zurückgeschlagen, bei welcher Gelegenheit der Oberst Baker an der Spitze seines Regiments fiel. So unbedeutend an sich auch dieser kleine Unfall ist, so macht er doch einen peinlichen und niederschlagenden Eindruck, weil die Vereinigten-Staaten-Truppen bei diesen kleinen Vorpostengefechten und Scharmützeln fast stets Niederlagen erleben. — Im Westen schwebt noch immer das Damoklesschwert über dem Haupte Fremonts. Dieser steht bei Warsaw, etwa 50 Meilen südwestlich von Jefferson City. Sigel ist mit der Avantgarde bereits über den Orage gegangen, um Price anzugreifen, der nach Einigen in Orceola stehen, nach Anderen aber über die Grenze nach Kansas zu fliehen beabsichtigen soll. Was unter den obwaltenden Umständen gethan werden konnte, ist von Seiten Fremonts geschehen; er hat sich umsichtig und energisch bethätigt und den ganzen Staat Missouri mit Vertrauen in seine Kriegführung erfüllt. Gleichwohl hören die politischen Cliquen nicht auf, ihn zu verleumden und mit ihren Gehässigkeiten zu verfolgen. Fremont, heißt es, getraue sich nicht, dem Feinde eine Schlacht zu liefern, er habe keine Erfahrung im Kriege. Aber gilt nicht ganz dasselbe von M'Clellan, den die Zeitungen, noch ehe er einen Sieg erfochten hat, den kleinen Napoleon nennen? Wie sehr unter diesem Geschrei die ganze Bundessache im Westen leiden muß, können Sie sich leicht denken. Die Lieferanten wollen die seit Wochen abgeschlossenen und theils fälligen Verträge nicht erfüllen, weil sie fürchten, um die Zahlung zu kommen, indem die Regierung in Washington alle Initiative in Verwaltungs-Angelegenheiten genommen hat. Um ihn persönlich zu ärgern, hat man ihm als General-Quartiermeister einen erbitterten Feind beigegeben, seine Anstellung nicht genehmigt, und sogar die von ihm abgesetzten Beamten und Offiziere, zum Theil durchaus unwürdige und unfähige Subjekte, gegen den Spruch des Kriegsgerichtes wieder eingesetzt.

Newyork, 23. Okt. [Neueste Nachrichten.] Die hiesigen Blätter billigen im Allgemeinen die Antwort, welche Mr. Seward dem britischen Gesandten (Lord Lyons) ertheilt hat (er hatte sich über die Verhaftung mehrerer seiner Landsleute auf bloße Verdächtigung hin beklagt), und verbitten sich jeden Kommentar der amerikanischen Verfassung von Seiten eines Ausländers. Nur die „New-York Tribune" stellt bei dieser Gelegenheit die Nothwendigkeit in Abrede, die Verhafteten in Militärgefängnissen unterzubringen und die Habeas-Corpus-Akte im Staate Newyork zu suspendiren. — Berichten aus Washington zufolge widerspricht das Finanzministerium der von der „Evening Post" gemachten Angabe, daß ausländische Kapitalisten sich erboten hätten, 100 Mill. Doll. der Bundesanleihe zu übernehmen. — Lexington ist wieder von Bundestruppen besetzt worden. — General Fremonts Abberufung ist, nach der „New-York Tribune", beschlossene Sache. — Obrist Baker, ein Senator aus Kalifornien, war an der Spitze der Bundestruppen bei der Harrison Island Affaire gefallen. — Der „Charleston Enquirer" läugnet jetzt, daß der Dampfer „Nashville" ausgelaufen sei. Demnach wäre die ganze Geschichte von den ausgesandten Kommissaren und deren Verfolgung durch amerikanische Kriegsschiffe erfunden! — Der untere Potomac wird jetzt als effektiv geschlossen betrachtet, insofern als die Batterien der Rebellen sämmtliche Punkte des Flusses unterhalb Washington beherrschen. Der „Washington Star" widerspricht der Angabe, daß General Stone zurückgeschlagen worden sei; er habe im Gegentheil, allerdings mit einigen Verlusten auf seinem rechten Flügel, das vorgesteckte Ziel erreicht. Es wird ferner behauptet, daß er seine alte Position auf der Virginiaseite des Potomac festhalte und daselbst Schanzen aufwerfe, um den Uebergang der ganzen Division des Generals Banks zu decken. — Eine große Schlacht am Potomac wird stündlich erwartet (nun schon seit vielen Wochen). — Berichten aus Missouri zufolge sind die Rebellen unter Jefferson Thomson geschlagen worden und haben 4 Geschütze eingebüßt. Auch in Kentucky bei Camp Wild Cat sollen sie eine Schlappe erlitten haben. — Das Schiff „Thomas Watson" aus Liverpool, welches die Blokade vor Charleston zu brechen versuchte, ist vom Blokadegeschwader in den Grund gebohrt worden. — Die Korrespondenz zwischen Mr. Seward und Lord Lyons soll noch nicht abgeschlossen sein.

Lokales.

Posen, 8. Nov. [Die Beschlagnahme des „Dziennik pozn."] Der Leitartikel, welcher zur Beschlagnahme der Nr. 253 des „Dziennik pozn." Veranlassung gegeben hat, betraf nicht die Wahlen, sondern, wie wir nachträglich erfahren, die vergeblichen Pläne des bekannten Literaten Herzen und seiner sozial-demokratischen Gesinnungsgenossen zur Revolutionirung Rußlands und seiner Nachbarländer, behufs Herstellung einer slavischen Föderativrepublik auf sozialistischer Grundlage, mit neuer Vertheilung des Grundeigenthums, Gemeinschaftlichkeit des Gemeinde-Vermögens rc. Der genannte Literat hegt von sich bekanntlich die eigenthümliche Idee, daß er berufen sei, eine neue weltgeschichtliche Periode zu eröffnen, in welcher die 1848 kläglich gescheiterten Träume der französischen Sozialisten nach seiner Anleitung von dem jungfräulichen russischen Volke verwirklicht, alles persönliche Eigenthum aufgehoben und nur noch Gemeindeeigenthum statthaft sei, dessen Benutzung der Gemeindevorstand nach den jedesmaligen Zuständen der Gemeinde zu regeln habe. Sobald Herr Herzen Rußland in dieser Weise beglückt haben wird, beabsichtigt er auch den Westen Europa's zu reformiren und dem verrotteten Germanen- und Romanenthum ein Ende zu machen. Solche phantastischen Ideen verurtheilen sich selbst und sterben an ihrer eigenen Thorheit, weshalb man ihre Verbreitung nicht zu fürchten braucht.

Posen, 8. Nov. [Extrazug nach Breslau.] Aus Anlaß der Anwesenheit Sr. Maj. des Königs in Breslau wird am Montag, den 11. d., ein Extrazug von hier nach Breslau abgehen. Die Abfahrt von hier erfolgt Morgens 3 Uhr 45 Minuten und die Ankunft in Breslau um 9 Uhr 15 Minuten Vormittags. (Das Nähere s. unter den Inseraten.)

(Beilage.)